



EIN HESSEN FÜR ALLE MENSCHEN

Kurzwahlprogramm
zur Landtagswahl 2023



Vorwort

Liebe Hessinnen und Hessen,

Sie entscheiden am 8. Oktober 2023 über die Zukunft unseres Landes. Sie haben die Chance, die Zukunft zu gestalten und gemeinsam mit uns Hessen zu verbessern.

#Bürgerwillen durchsetzen – gemeinsam mit Ihnen für ALLE Menschen in Hessen.

Wir stehen unter anderem ein für:

- mehr Ehrlichkeit
- mehr Bürgernähe
- eine gute und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium, Meister
- eine solide Finanzpolitik statt Inflation zu treiben mit auskömmlicher Finanzierung der Städte, Gemeinden und Landkreise und keine weiteren Belastungen der Menschen in Hessen
- eine echte Digitalisierung in Hessen als Entlastung für die Menschen
- eine Förderung und Entlastung von Familien mit Kindern
- echte soziale Gerechtigkeit auch für Leistungsträger
- eine Stärkung des Staats durch mehr Polizei, Staatsanwälte und Richter in Hessen
- eine Verbesserung des politischen Klimas zwischen den Parteien im Landtag
- eine bessere Klimapolitik, die bezahlbar für alle Menschen ist
- die Ermöglichung von Regierungskoalitionen aus der Mitte heraus
- eine Verbesserung der Wohnraumpolitik



The graphic features a man (Engin Eroglu) in a dark suit and tie on the left, and a woman (Laura Schulz) in a blue dress on the right. The background is orange and blue. The Freie Wähler logo is in the top right. Below it, the text 'EIN HESSEN FÜR ALLE MENSCHEN' and '#Bürgerwillen durchsetzen' is displayed. At the bottom, the names and titles of the candidates are listed.

FREIE WÄHLER

EIN HESSEN FÜR ALLE MENSCHEN

#Bürgerwillen durchsetzen

ENGIN EROGLU
Mitglied des Europäischen Parlaments

LAURA SCHULZ
Soziologin, Master of Arts

Vorwort

- den Abbau von Bürokratie, damit das Leben aller Hessen einfacher wird
- sinnvollere Wirtschafts- und Energiepolitik
- eine bessere Mobilität auch im Ländlichen Raum
- die Förderung von Lebensmitteln aus Hessen
- eine echte Bekämpfung des Ärztemangels und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern
- eine klare Migrationspolitik: Wer arbeiten möchte, ist willkommen
- Förderung vom Mittelstand, Familienunternehmen und Kleinstgewerbetreibenden
- öffentliche Daseinsvorsorge als eine originäre staatliche Aufgabe und ohne Gewinnorientierung

Nach unserem ersten Erfolg bei der Landtagswahl 2018 mit 3 % der Stimmen sind wir bei den Kommunalwahlen 2021 gemeinsam mit vielen hessischen Wählergruppen auf über 5 % der Stimmen gekommen. Dieses Ergebnis wollen wir erneut bestätigen und ausbauen.

Statt ungerechte und existenzbedrohende Straßenausbaubeiträge, chaotische Verhältnisse im Umgang mit der Flüchtlings-Herausforderung, ungleiche Bildungschancen, Wohnungsnot und Ärztemangel sowie steigende Kinder- und Altersarmut weiterhin zu tolerieren, können Sie uns mit Ihrer Stimme unterstützen. Sie leisten einen direkten Beitrag zu einem besseren Hessen!

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Bequemlichkeit der im Landtag vertretenen Parteien zu einer Lähmung führt – im politischen Geschehen wie in der Fortentwicklung Hessens. Neue Impulse können nicht entstehen, zu einseitig und borniert ist der Blick auf die Themen. Der Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern, er ist längst verlorengegangen. Oder fühlen Sie sich noch repräsentiert? Finden Sie, Ihre Sorgen und Nöte werden auf Landesebene ernst genommen?

Wir als kommunalpolitische Vertreterinnen und Vertreter sind in zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen als drittstärkste Kraft maßgeblich mitbeteiligt, wenn es darum geht, die Geschehnisse der Kommunen zukunftsfähig zu gestalten. Die Verwurzelung vor Ort, die Nähe zu Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, sie hilft uns, unsere politische Arbeit konsequent an den Notwendigkeiten auszurichten. Ideologiefrei, bürgernah, ehrlich und pragmatisch, mit Leidenschaft und Sachverstand! Und genau das fehlt im hessischen Landtag. Darum ist es an der Zeit, dass freie Wählerinnen und freie Wähler künftig die Geschehnisse im hessischen Landtag entscheidend mitbestimmen.

Die FREIE WÄHLER hat in den vergangenen Jahren als außerparlamentarische Opposition bereits mehrfach Themen vorgegeben und die Regierung zum Handeln gezwungen. Beispielsweise wurde die

Vorwort

Gebührenbefreiung in der Kinderbetreuung erst nach erheblichem Druck gesetzlich verankert, wenngleich es hier noch erheblichen Korrekturbedarf gibt. Straßenausbaubeiträge werden seit Monaten heiß diskutiert, andere Parteien schreiben es sich auf die Fahnen.

Wir bringen frischen Wind nach Wiesbaden – mit neuen Themen, die die Bürgerinnen und Bürger wirklich bewegen.

Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene, Familien mit Kindern und Seniorinnen und Senioren, sie sind im Besonderen angewiesen auf politische Hilfestellungen. Gleiches gilt für die Entwicklungen ländlicher Regionen. In den letzten Jahren hat sich keine Landesregierung für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse stark gemacht. Stattdessen wurden Großunternehmen hofiert und Ballungszentren gefördert. Der ländliche Raum ist zusehends ausgeblutet, demografische Schief-lagen sind schon jetzt allgegenwärtig und müssen dringend korrigiert werden. Die Menschen in Hessen müssen entlastet werden, finanziell wie bürokratisch. Wir brauchen einen gerechten Länderfinanzausgleich zwischen den Bundesländern.

Wir fühlen uns den Bürgerinnen und Bürgern in ganz Hessen verpflichtet – im strukturschwachen Nordhessen wie in Frankfurt, den Jungen wie den Älteren, den Starken wie den Schwächeren. Die notwendige Expertise bringen wir mit – durch unsere erfolgreiche Arbeit in den Kommunalparlamenten, durch unsere ganz eigenen Schwerpunkte.

Wir wollen ein besseres Hessen! Sie auch?

Sie können dazu beitragen, dass ein besseres Hessen Realität wird. Unterstützen Sie uns einfach mit beiden Stimmen am 08. Oktober 2023!



Engin Eroglu



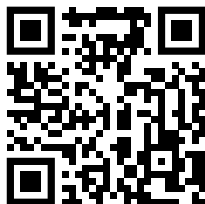
L. Schulz

Inhaltsverzeichnis

Unsere Ideen für ein besseres Hessen bis 2028

BILDUNG... gut und gebührenfrei ab der Krippe	6
BÜRGERWILLEN DURCHSETZEN	9
KLIMAPOLITIK... bezahlbar für alle machen	12
DAS LEBEN... in Hessen bezahlbar machen	16
LEBENSMITTEL... aus Hessen fördern	19
MIGRATION... wer arbeiten möchte ist willkommen	21
MOBILITÄT... auch im ländlichen Raum fördern	24
WOHNUNGEN... bauen für bezahlbare Mieten	27

**Ausführliches Wahlprogramm unter:
www.einhessenfueralle.de/programm**



BILDUNG

GUT & GEBÜHRENFREI AB DER KRIPPE

#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER sieht Bildung als das höchste Gut, das Mitglieder einer modernen Gesellschaft erwerben können. Darum muss Bildung grundsätzlich gebührenfrei sein – von der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung, Meister bzw. Studium)!

Durch Bildung bekommt unsere Gesellschaft selbstständig denkende, kritische und engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen. Grundlage hierfür ist die Bildungspolitik, die für eine größtmögliche Chancengerechtigkeit Sorge und der Realität entspricht. Die Erfüllung des Bildungsauftrags muss daher die geänderten gesellschaftlichen Strukturen, die Unterschiede zwischen dem ländlichen und städtischen Raum sowie die sozial- und bildungsschwachen Schichten berücksichtigen. Denn der Bildungserfolg darf nicht vom sozioökonomischen Status der Eltern oder vom Zugang zu bzw. der Gewährung von Bildungskrediten abhängen. Deshalb muss Bildung uneingeschränkt gebührenfrei sein, was auch den kostenfreien Zugang zu Lehrmitteln impliziert.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen gelegt. Die frühkindliche Bildung, bestehend aus Bildung, Erziehung und Betreuung, muss in den Fokus gerückt werden, da sie den Ausgangspunkt eines jeden Kindes im Bildungssystem darstellt. Daher ist ein einheitlicher und verbindlicher Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) für Kinder von 0 bis 18 Jahren dringend notwendig.

Gleiche Chancen für alle Kinder – gebührenfreie Bildung von Anfang an

Wir wollen gebührenfreie Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher

Qualität im Land Hessen. Damit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet und den Kindern die besten Voraussetzungen gegeben werden, um sich zu entwickeln.

Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung bzw. Meister/Studium) ist oberstes Ziel für Bildungsgerechtigkeit. Diese äußere Rahmenbedingung, die Kostenfreiheit, muss jedoch um inhaltliche Aspekte ergänzt werden. Nur durch qualitativ hochwertige Bildungsinhalte kann wahre Bildungsgerechtigkeit erreicht werden. Die Schaffung verbindlicher landesweiter Kerncurricula ist daher ein erklärtes Ziel.

Ausbildung angehender Lehr- & pädagogischer Fachkräfte

Im Rahmen der Ausbildung angehender Lehrkräfte sprechen wir uns für eigenständige pädagogische Hochschulen (1) aus. In diesen sollen neben Lehrkräften sämtlicher Lehrämter auch weitere päd. Fachkräfte wie Schulsozialarbeiter, Elementarpädagogen etc. ausgebildet werden. Darüber hinaus sollen die genannten Berufsgruppen im Hinblick auf die sich wandelnde Gesellschaft stärker im Bereich der interkulturellen Kompetenz ausgebildet und sensibilisiert werden. Gegenwärtig werden Lehrämter mit sonstigen Bachelor-/Masterstudiengängen des jeweiligen Fachbereichs an bestehenden Universitäten gemeinsam unterrichtet und erlernen zu wenig schulspezifisches/berufsrelevantes Fachwissen. Vielerorts kommt es zudem zu überfüllten Hörsälen, insbesondere in den Human- und Geisteswissenschaften.

(1) Anmerkung: Die pädagogischen Hochschulen sollen außerhalb bestehender Ballungsgebiete wie Frankfurt (gegenwärtig über 6.000 Studierende auf Lehramt) oder Darmstadt angesiedelt werden, um der dortigen Wohnungsknappheit entgegenzuwirken und zugleich ländlichere Regionen innerhalb Hessens zu stärken.

Inklusion an Schulen umsetzen

Wir wollen, dass alle Kinder eine gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe an allen Aktivitäten des schulischen Lebens erhalten. Inklusion ist eine große Herausforderung, die bundesweit an Schulen umgesetzt werden muss. Die Qualität des Unterrichts darf nicht unter neuen Zusatzaufgaben der Lehrkräfte leiden. Die Schüler müssen im Fokus stehen.

Inklusion wird erfolgreich sein, wenn weiteres Fachpersonal, insbesondere pädagogisches und medizinisches Fachpersonal, in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Dies wollen wir zum Wohle aller Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener für ein gemeinsames und erfolgreiches Lernen sicherstellen.



Grundschule

Wohnortnahe Grundschulstandorte müssen besonders im ländlichen Raum erhalten werden, um unseren Kindern zukunftssichernde Bildungsregionen zu garantieren. Eine Vernetzung des Elementar- und Primarbereiches ist dringend erforderlich.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Die berufliche Bildung muss endlich eine Aufwertung und Stärkung erfahren, um dem schon jetzt bestehenden Fachkräftemangel zu begegnen. Das duale Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter sind die Basis unserer Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher. Dazu gehören auch eine finanzielle Freistellung bei der Meisterausbildung – analog zu einem gebührenfreien Studium – sowie eine bessere finanzielle Ausstattung der Berufsschulen. Auch müssen Ausbildungsberufe (z. B. im Handwerks-, Dienstleistungs- oder Gesundheits- und Pflegesektor) insgesamt eine Aufwertung erfahren.

Auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

BÜRGERWILLEN DURCHSETZEN



71.5.21. FREIE WÄHLER Hessen • Bildkollo: 0248 • 2020 Güter

Gemeinsam mit Ihnen gestalten wir Hessen um. Wir wollen zurück zu einer (er-)lebbarer solidarischer Gesellschaft. In vielen Bereichen gibt es gute Ansätze, die sich kommunalpolitisch bereits bewährt haben – und die man auf das Land übertragen kann. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden, man muss nicht immer alles neu machen oder neu denken. Vielfach reicht es aus, bestehende Ansätze auszubauen oder zu verbessern.

Ein Leben in Freiheit und Frieden, das Streben nach Wohlstand, Glück und Erfolg sowie ein nachhaltiger und sorgsamer Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen – all das sehen wir als Grundbedürfnisse der Menschen und somit als Auftrag unserer Politik. Für ein gerechtes Miteinander wollen wir Werte wie Ehrlichkeit, Anstand und Aufrichtigkeit wieder im öffentlichen Leben und auch in der Wirtschaft verankern. In der heutigen, von Lobbyisten geprägten, Gesellschaft, in der die finanzielle Einflussnahme das Handeln von Politikern in Bund und Land bestimmt, ein Umstand, der nicht mehr selbstverständlich zu sein scheint.

Unbeirrt verfolgen wir – wie einst der Freiherr vom und zum Stein – das Ziel der vernunftgesteuerten politischen Veränderung. Anders als die sogenannten „etablierten Parteien“ gehen wir als junge und moderne Bürgerbewegung ideologiefrei an Themen heran. Gesunder Menschenverstand, gepaart mit der notwendigen Sachkenntnis, der Beteiligung von Experten sowie einem offenen Ohr für den Willen der Bürger sind für uns die Prämissen politischen Agierens, die sich schon in vielen Kommunalparlamenten bewährt haben und die es jetzt endlich auch auf Landesebene umzusetzen gilt, um Hessen besser zu machen.

... durch bürgerliche Beteiligung

FREIE WÄHLER ist der festen Überzeugung, dass die Bürger die wahren Experten sind, wenn es um politische Gestaltung geht. Viele The-

men werden in Wiesbaden fernab jeglicher Lebensnähe behandelt und entschieden, nicht zuletzt, weil sich in den letzten Jahren eine politische Schicht herausgebildet hat, die offenbar jegliche Basisnähe verloren hat. Bürger finden kein Gehör mehr, von Beteiligung kann ohnehin keine Rede mehr sein. Politiker entscheiden nur noch nach ideologisch gefärbtem Parteibuch am „Grünen Tisch“, die Ergebnisse sind aber leider nicht so hoffnungsvoll wie es der Farbe im Volksmund zugeschrieben wird. – Das gilt es endlich zu durchbrechen am 8. Oktober.

Auf unserer politischen Agenda nehmen direkte Demokratie und Selbstbestimmung breiten Raum ein. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich mehr direkte und verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeiten. Bürger sprechen sich explizit für mehr Sachbezogenheit in politischen Entscheidungen aus und lehnen die allgegenwärtige parteipolitische Klientelpolitik entschieden ab. Die Bürger müssen aber letztlich auch erkennen, dass sie in Hessen kaum eine Möglichkeit der politischen Mitgestaltung haben.

Hessen muss endlich ernst machen mit der Bürgerbeteiligung. Hessische Bürger haben das Recht, über landespolitische Fragestellungen mitzuentcheiden!

... durch Einführung von Wahlkreisgremien

Wir gehen aber noch einen Schritt weiter. Die Bürgerbeteiligung in Form von Volksentscheiden und Volksbegehren reicht nicht aus, um den Bürgerwillen wirklich kontinuierlich in den hessischen Landtag zu tragen. Daher setzen wir uns für die Bildung von gelosten Wahlkreisgremien ein. Den Wahlkreisabgeordneten käme in einem solchen Gremium eine ganz neue Bedeutung zu, die sie dazu verpflichten würde, künftig keine Politik der Parteilinie allein zu forcieren, sondern eine Politik für die Menschen und Unternehmen im heimischen Wahlkreis zu betreiben.

Lassen Sie gemeinsam mit uns eine neue politische Kultur entstehen. Wir FREIE WÄHLER stehen für den entschlossenen Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Unsere Überzeugung ist es, dass mit der Weiterentwicklung unseres demokratischen Staatssystems wesentliche Verbesserungen zu erwarten sind – vom Steuerwesen über die Staatsfinanzen bis hin zu Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

Außerdem verlangen wir landesweit ausgeloste Bürgerinnenräte zur Lösung von konkreten Sachthemen, um so den Bürgerwillen verbindlich in die Politik einfließen zu lassen.

Auf unserer politischen Agenda nehmen direkte Demokratie und Selbstbestimmung breiten Raum ein. Rund 85 Prozent der Bevölkerung wünschen sich mehr direkte und verbindliche Mitbestim-

mungsmöglichkeiten. Bürger sprechen sich explizit für mehr Sachbezogenheit in politischen Entscheidungen aus und lehnen die allgegenwärtige parteipolitische Klientelpolitik entschieden ab. Die Bürger müssen aber letztlich auch erkennen, dass sie in Hessen kaum eine Möglichkeit der politischen Mitgestaltung haben.

Wollen hessische Bürger ein Volksbegehren herbeiführen, dann müssen 20 Prozent der Wahlberechtigten sich binnen zwei Monaten in speziellen Listen eintragen, die einzig im Rathaus ausliegen. Mit diesen Anforderungen ist Hessen einsamer Spitzenreiter im Bundesvergleich. Es verwundert nicht, dass in Hessen nicht ein einziges Mal ein Volksbegehren erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die Hürden sind viel zu hoch. Das hat mittlerweile auch die Enquetekommission erkannt, die sich in ihrer Arbeit auch der Überprüfung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen von Volksbegehren und Volksentscheiden widmet. Die Kommission hat mit den im Landtag vertretenen Parteien Einigkeit darüber erzielt, dass künftig nur noch fünf Prozent der Wahlberechtigten ein Volksbegehren, also die notwendige Vorstufe zum Volksentscheid, unterstützen müssen. Das sind immer noch mehr als 200.000 Wahlberechtigte. Doch ein erster Erfolg ist erkennbar, sofern – und genau hier liegt das Problem – die Parteien einer dahingehenden Verfassungsänderung zustimmen. Die CDU sträubt sich noch immer. Die Entscheidung ist vertagt.

Aus unserer Sicht geht der Vorschlag der Enquetekommission in Teilen ohnehin noch nicht weit genug. Neben einer Herabsetzung des Unterschriftenquorums muss es auch möglich sein, Unterschriften nicht nur in Rathäusern zu leisten. Auch ist eine Frist zur Sammlung dieser Unterschriften von zwei Monaten gänzlich realitätsfern und sollte dringend erweitert werden.

Hessen muss endlich ernst machen mit der Bürgerbeteiligung. Hessische Bürger haben das Recht, über landespolitische Fragestellungen mitzuentcheiden!

Lassen Sie gemeinsam mit uns eine neue politische Kultur entstehen. FREIE WÄHLER steht für den entschlossenen Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Unsere Überzeugung ist es, dass mit der Weiterentwicklung unseres demokratischen Staatssystems wesentliche Verbesserungen zu erwarten sind – vom Steuerwesen über die Staatsfinanzen bis hin zu Bildung, Gesundheit und Umweltschutz

KLIMAPOLITIK

BEZAHLBAR FÜR ALLE MACHEN.

#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

U.S.G.P. FREIE WÄHLER Hessen • Bahnhofstr. 62-66 • 35390 Gießen

Energie

Gegenwärtig und in den nächsten Jahrzehnten zählt Klimaschutz zu den drängenden gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Hessen will sich bis 2045 ausschließlich aus erneuerbaren Energien versorgen. Das Ziel der Energiewende erfordert deshalb einen ambitionierteren Ausbau regenerativer Energien. Gleichzeitig muss die Energieeffizienz gesteigert und der Energieverbrauch gesenkt werden. Die Loslösung von fossilen Quellen mit einer Reihe von Maßnahmen und aufgelegten Programmen muss dabei bezahlbar bleiben und die Wettbewerbsfähigkeit Hessens als Wirtschaftsstandort sichern.

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns für eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung aus.

Erneuerbare Energien sind die maßgeblichen Säulen einer nachhaltigen Energiepolitik. Zu diesen Säulen zählen Wind- und Sonnenenergie, Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie.

Wir FREIE WÄHLER stehen für eine dezentrale Energieerzeugung ohne überdimensionierten Leitungsbau, an deren Wertschöpfung die Gemeinden und die Bürger vor Ort teilhaben. Der Einsatz erneuerbarer Energien kann einen erheblichen Beitrag dazu leisten, im Fokus soll dabei die Minimierung des CO₂-Ausstoßes stehen.

Ziel ist, nach und nach durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien den gesamten Strombedarf zu decken. Langfristig sind auch Wärme und Verkehr durch erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und -einsparung abzudecken.

Eine lokale Wertschöpfung durch Installation, Betrieb und Wartung regenerativer Kraftwerke garantiert dem Bürger, dem Handwerk, der Landwirtschaft zusätzliche Einnahmen und den Kommunen Steuereinnahmen.

Wir FREIE WÄHLER wollen entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und langfristig Planungssicherheit gewährleisten. Mit Genossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung wollen wir die Interessen der Bürger stärken.

Leitlinien zur Energiepolitik der FREIE WÄHLER – eine Zusammenfassung:

1. Energie Sparen ist der beste Klimaschutz: Wir möchten hier deutlich neue Akzente setzen, in dem das Land Hessen als gutes Beispiel voran geht und seine Immobilien energetisch saniert.
2. Erneuerbaren Energien sehen wir im Fokus und wollen deren Ausbau fördern. Wir wollen die volatilen erneuerbaren Energien mit den größten Ausbaupotentialen Photovoltaik und Windkraft verstärkt ausbauen. Die grundlastfähigen beziehungsweise wärmeerzeugenden erneuerbaren Bio-Gas, Pellets/Holz, Wasserkraft und andere sollen ebenfalls ausgebaut werden, auch wenn hier das Zuwachspotential geringer bleibt.
3. Speichertechnologien und Wasserstoff: Der Ausbau der erneuerbaren Wind- und Sonnen-Energie macht nur Sinn, wenn er im Gleichklang mit der Entwicklung und dem Ausbau der Speichertechnologien steht. Kurzfristspeicher müssen die Volatilität von Wind und Sonne ausgleichen, um eine Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig muss Wasserstoff als Langfristspeicher für einen Sommer-Winter-Ausgleich sorgen.
4. Wir FREIE WÄHLER fordern: Erst dann funktionierende Kraftwerke (zuerst Kohle, dann Gas, dann Atom) abschalten, wenn ausreichend Leistung gemäß der ersten 3 Punkte bereitsteht! Also Energie sparen, die Erneuerbaren Wind- und Sonne im Gleichklang mit den kurz- und Langfristspeichern ausbauen.
5. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Energie bezahlbar bleibt. Die Kosten dürfen nicht in Armut oder De-Industrialisierung führen. Deutschland darf nicht abhängig von einzelnen Ländern werden.
6. Technologieoffenheit, neue Arbeitsplätze und weniger Importe sind parallele energiepolitische Ziele der FREIEN WÄHLER. Wir sind für die technologieoffene Förderung aller zielführenden Ideen.
7. Regionalität: Eine regionale, effiziente und für alle bezahlbare Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen.

Energiesparen

Der beste Beitrag zum Umweltschutz und zur CO₂-Reduktion ist die Energie, die gar nicht erst verbraucht wird

Windenergie

Windenergieanlagen zählen zu den zukunftsfähigen Säulen der Energiepolitik. Ihre Relevanz ergibt sich daraus, dass Wind an vielen Stellen des Landes verfügbar ist. Deshalb sollte der Anteil an Windenergieanlagen – in Verbindung mit Photovoltaik – flächendeckend und regional individuell genutzt werden.



Photovoltaik

Photovoltaik beschreibt die direkte Umwandlung von Sonnenenergie in Elektrizität. Photovoltaikanlagen können in verschiedenen Varianten auf Dächern, Fassade oder an Balkonen genutzt werden. Die Kosten für Photovoltaik-Projekte haben sich in den letzten Jahren deutlich reduziert, wodurch sich auch kleine Anlagen, gerade im Eigenheim und kommunalen Umfeld lohnen.

Wasserkraft

Wasserkraftanlagen wandeln die potenzielle Energie des Wassers in elektrische Energie um.

Wasserkraft liefert dauerhaft (24 Stunden an allen Tagen des Jahres) Energie. Hier spielt nicht die Anlagenleistung die größte Rolle, sondern die dauerhafte gleichmäßige Energielieferung, mit der Haushalte – zumindest einen Teil – ihrer Grundlast decken könnten.

Wir FREIE WÄHLER wollen eine vereinfachte Genehmigung von kleinen Wasserkraftanlagen (<10 kW) für den häuslichen Bereich mit Berücksichtigung auf Naturschutz und Energieerzeugung.

Biomasse & Geothermie

Eindeutig sehen wir FREIE WÄHLER Biomasse (Holz, Pellets) als nachhaltige, erneuerbare und lokale Energie an. Dies ist eine Kreislaufwirtschaft und setzt – im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen – kein weiteres CO₂ in die Atmosphäre. Geothermie, auch Erdwärme genannt, steht im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien ganzjährig zur Verfügung. Das Erdwärmepotenzial wird laut Fraunhofer Institut auf beachtliche 300.000.000 kWh geschätzt.

Wir FREIE WÄHLER wollen die steigende Nachfrage nach Geothermie unterstützen.

Nahwärme/Blockheizkraftwerke

Bei Nahwärme werden dicht beieinanderstehende Gebäude durch eine Heizungsanlage, dem Blockheizkraftwerk, über ein Leitungssystem mit Wärme und Strom versorgt.

Nahwärme-Konzepte (BHKWs) können gerade im ländlichen Bereich, aber auch als Quartierskonzepte, mit den passenden Heizmedien einen erheblichen Beitrag zur CO₂-Einsparung und umweltfreundlichen Erzeugung von Wärme & Strom liefern.

Wir FREIE WÄHLER wollen Energiegenossenschaften mit dem Fokus auf möglichst große Bürgerbeteiligung stärken.

Hessen muss stärker autark und klimafreundlich werden – Hessen wird Wasserstoffland!

Wir FREIE WÄHLER wollen jeden Landkreis, jedes Stadtwerkgebiet verpflichten, ein Wasserstoffspeicherkraftwerk zu bauen. Strom wird dann im Sommer und windreichen Zeiten in Wasserstoff umgewandelt und gespeichert. Der gespeicherte Wasserstoff kann dann in Dunkelwindstill-Zeiten wieder in Strom zurückverwandelt oder für den mit Wasserstoff betriebenen ÖPNV verwendet werden.

Wir FREIE WÄHLER sind für technologische Alternativen offen.

Forschungsergebnisse zeigen, dass Natriumionen-Batterien kostengünstig und ressourcenschonend sind, da keine seltenen Erden für Herstellung nötig sind, der Marktstart dieser neuen Technologie ist für 2023 geplant. Im Forschungslabor können jetzt bereits Bakterien weißen Wasserstoff erzeugen, auch das Thema Kernfusion wird weiterhin weltweit erforscht und zeigt erste Erfolge, um nur drei Themen zu nennen.

DAS LEBEN

IN HESSEN BEZAHLBAR MACHEN.

#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

Das Wirtschaftswachstum sorgt nicht per se für mehr Lebensqualität, für mehr soziale Gerechtigkeit. Hessen gilt als reiches Bundesland in dem ohnehin reichen Deutschland.

Die Bedingungen sind gegeben – die Umsetzung jedoch scheitert. Am Unwillen der Landesregierung, an deren Inkompetenz und Ignoranz.

Wir brauchen eine Politik, die die Menschen nicht weiter belastet. Soziale Gerechtigkeit muss notwendige Strukturen schaffen, um Armut zu bekämpfen und perspektivisch zu verhindern. Soziale Gerechtigkeit muss allen eine gleiche Chance auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen – von Bildung über Kultur, Einkommen, Mobilität, Gesundheitsförderung und Prävention bis zu Sport und Begegnung.

Armutsbekämpfung

Seit Jahren klaffen die Unterschiede innerhalb der Bevölkerung auseinander. Vor allem zwischen Arm und Reich zieht sich ein immer tieferer Graben. Wenngleich die Arbeitslosenquote kontinuierlich sinkt, leben zunehmend mehr Menschen von der Grundsicherung. Aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse, vor allem auch im sogenannten Niedriglohnsektor, sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. Ihr Lohn reicht nicht aus, sie werden „aufgestockt“. Ihre schwierige Ausgangslage treibt sie an den Rand des sozioökonomischen und kulturellen Existenzminimums oder gar darunter. Vor allem Kinder und Alleinerziehende, aber auch als arm geltende Familien (Haushalte mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens) sind hiervon mehr und mehr betroffen. Ihre Partizipation am gesellschaftlichen Leben schwindet – nicht weil sie kein Essen auf dem Teller vorfinden oder gar ein Dach über dem Kopf fehlt. Nein, sie schwindet, weil von Armut betroffene oder armutsgefährdete Menschen an vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten nicht mehr teilhaben können, die für andere gleichwohl zur Normalität zählen. Sind Kinder hiervon bereits in jungen Jahren und zudem längerfristig betroffen, steigt die Gefahr eines dauerhaften Armutsrisikos.

Arbeitsmarkt

Das Recht auf Arbeit ist, wie die gerechte und geschlechtergleiche Entlohnung, ein Menschenrecht (vgl. UN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 23). Folgerichtig, ist Arbeit doch weit mehr als nur eine Voraussetzung für den Erwerb von eigenem Einkommen. Arbeit steigert das Selbstwertgefühl, sie bietet Zugang zu sozialen Kontakten und ermöglicht die gesellschaftliche Partizipation. Auch führt Arbeit zu gesellschaftlicher Wertschätzung – leider im Umkehrschluss im Falle von Arbeitslosigkeit auch allzu oft zu Geringschätzung, weshalb hier dringend andere sozialpolitische Maßnahmen für eine gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung notwendig sind.

Die Arbeitsmarktzahlen zeigen aber auch die Kehrseite der Medaille: Zukunftsträchtige Arbeit besteht zunehmend weniger aus Hilfstätigkeiten. Folglich ist der Bedarf an unausgebildeten Hilfskräften eher gering. Der Arbeitsmarkt erfährt bereits jetzt eine tiefe Spaltung, die sich nur durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen aufhalten lässt. Sonst läuft man Gefahr, in Zukunft noch mehr (Langzeit-)Arbeitslose nicht qualifiziert vermitteln zu können. Und dies wiederum erhöht das Armutsrisiko.

Die individuelle Förderung darf nicht nur beschränkt werden auf Personen, die in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Gerade auch Menschen, die aufgrund persönlicher Einschränkungen hierin nicht integriert werden können, gilt es eine Perspektive aufzuzeigen. In Form von Gemeinwohlarbeit, deren Entlohnung sich am Mindestlohn orientiert. Durch Integration wird diesen Arbeitskräften eine aktive gesellschaftliche Partizipation möglich.

Wohnungsmarkt

Sozialer Wohnraum ist jedoch gerade in Ballungszentren Mangelware. Und dies begünstigt wiederum Armut bzw. Armutsbedrohung – gerade auch in Frankfurt, wenn Menschen dort bis zu 50 Prozent ihrer Einkünfte allein für eine Wohnung veranschlagen und verausgaben müssen. Eine umfassende Investition in den sozialen Wohnungsbau ist notwendiger denn je. Kapazitär müssen eine Vielzahl an Wohnungen für Familien, Studierende und Geringverdiener entstehen, aber auch zunehmend mehr barrierefreie oder altersgerechte Wohnformen für Menschen mit Einschränkungen und Senioren.

Sozialraumförderung für mehr Lebensqualität

Soziale Gerechtigkeit wird auch über den (sozialen) Wohnungsmarkt beeinflusst. Sind Mieten in Ballungszentren zu teuer, müssen Menschen aus sozioökonomisch schlechteren Verhältnissen häufig in Stadtrandteile oder Vororte ausweichen. Eigene Milieus können sich hieraus entwickeln, die gleichzusetzen sind mit einer sozialen Segregation, der es



unbedingt vorzubeugen gilt – auch gerade im Hinblick auf die Integration, die unsere Gesellschaft zu leisten hat. Notwendige Maßnahmen der Mietpreisbeschränkung sowie der sozialen und „ästhetischen“ Stadtplanung sind ein Ansatz, der jedoch mit anderen Elementen kombiniert werden muss. Soziale, kulturelle und Bildungseinrichtungen sowie Spiel- und Sportstätten sind Ansätze, die von der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) bereits seit Jahren erfolgreich in problematischen Stadtteilen ein- und umgesetzt werden und auch weiterhin beibehalten werden müssen.

Straßenausbaubeiträge

Straßen sind ein notwendiges Gut der Daseinsvorsorge, für deren Finanzierung nicht die Anlieger zur Verantwortung zu ziehen sind. Straßen sind Bestandteil der Infrastruktur, für deren Erhalt und Ausbau sich der Staat verantwortlich zeichnet. Straßenausbaubeiträge sollten aufgrund dessen aus Steuermitteln der solidarischen Gemeinschaft bezahlt werden.

Es ist nicht zu vermitteln, warum ein Allgemeingut – und nichts anderes stellen Straßen dar – hauptsächlich von den jeweiligen Anlieger finanziert werden sollte. Auch ist die bislang gängige Praxis, die Straßenausbaubeiträge den Anliegern in Rechnung zu stellen, für viele existenzbedrohend und konterkariert das soziale System.

Hier bedarf es dringend einer gesetzlichen Änderung, auf die wir schon länger aktiv hinwirken. Die Straßenausbaubeitragspflicht der Anlieger muss abgeschafft werden.

Straßenausbaubeiträge gehören gänzlich abgeschafft. Die Infrastruktur, deren Erhalt und deren Ausbau, gehören in staatliche Hand. Kommunen sind für die entstehenden Kosten mittels eines finanziellen Ausgleichs zu entlasten.

LEBENSMITTEL

AUS HESSEN FÖRDERN.



#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

U.S.G.P. FREIE WÄHLER Hessen • Bahnhofstr. 62-66 • 35390 Gießen

Regionale Lebensmittel-Erzeugung & -Vermarktung

Wenn Lebensmittel regional hergestellt und verbraucht werden, stärkt dies zum einen die heimische Landwirtschaft, zum anderen wird durch geringe Transportwege neben Energie auch CO₂ eingespart.

Wir FREIE WÄHLER wollen die regionale Erzeugung & Vermarktung von Lebensmitteln fördern. Dazu sollen Siegel wie „Gutes aus Hessen“ oder „Regional-Optimal“ stärker beworben werden.

Agro-Gentechnik

Die Natur passt ihr Erbgut schon immer an die klimatischen Bedingungen an. Auch die Menschheit verändert das Erbgut von Nutzpflanzen seit vielen Jahrtausenden durch gezielte Züchtungen, um sich den stetig wandelnden Umweltbedingungen anzupassen und die Ernteerträge zu erhöhen. Die Gentechnik hat das Potenzial, derartige Anpassungen zu beschleunigen und effektivieren. Dies birgt Risiken, aber zugleich Chancen. Es ist davon auszugehen, dass sich unsere Lebenswelt durch die Auswirkungen des Klimawandels im Laufe der nächsten Jahrzehnte merklich verändern wird. Erfolgt eine Anpassung der Landwirtschaft an diese Veränderungen zu langsam, könnte es in Zukunft zu größeren Ernteausfällen und angesichts der weiterhin ansteigenden Weltbevölkerung schließlich zu einer verheerenden Lebensmittelknappheit kommen. Diese Bedrohung erfordert Innovationen und ideologiefreies Denken.

Wir FREIE WÄHLER unterstützen weiter die Erforschung von gentechnischen Verfahren im Bereich der Pflanzenzüchtung – unter Bewahrung einer den bestehenden Risiken angemessenen Umsicht.

Lebensmittelsicherheit

In Hessen ist die aktuelle Anzahl an Lebensmittelkontrolleuren vielerorts zu gering und es finden zu wenig Kontrollen statt. Im Rahmen der Kommunalisierung des Veterinärwesens in Hessen wurde vereinbart, dass das Land Hessen auf Dauer die Personalkosten in Höhe der bis zum Stichtag 31.12.2004 angefallenen Personalkosten übernimmt. Das Land Hessen überweist den Kommunen seit 2005 jährlich einen anteiligen Betrag, damit die Aufgaben übernommen werden können und ausreichend Personal eingestellt wird.

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass die damalige Vereinbarung an die aktuelle Situation angepasst wird und verweisen auf das Konnexitätsprinzip. Der Zuschuss ist so zu gestalten, dass die Kommunen die Finanzierung von Lebensmittelkontrollen abdecken können. Andernfalls ist die Aufgabe (hoheitlich) dem Land zuzuordnen.

Lebensmittelverschwendung

Jedes Jahr werden in Deutschland mehrere Millionen Tonnen von noch genieß- und verwertbaren Lebensmitteln entsorgt.

Wir FREIE WÄHLER fordern:

- auszusortierende Waren im Lebensmitteleinzelhandel, die
- noch zum Verzehr geeignet sind, sollen z.B. der Tafel gespendet werden.
- Das Lebensmittel-Containern ist – zumindest als Übergangslösung – zu entkriminalisieren.
- Mehr als die Hälfte der Lebensmittelverschwendung findet in Haushalten statt. Eine vermehrte Aufklärungsarbeit zur Erzeugung und Verwertung von Lebensmitteln ist vonnöten, um ein Umdenken bei den Verbrauchern zu bewirken.
- Der Begriff des „Mindesthaltbarkeitsdatums“ sollte durch einen Begriff ersetzt werden, der deutlich macht, dass das Produkt mit dem Ablauf des Datums nicht automatisch verdorben ist. Möglichkeiten könnten ein Ampelsystem (gelb = prüfen, rot = nicht mehr nutzbar) oder verschiedene Daten für „zu verkaufen bis“ und „zu verbrauchen bis“ sein.

MIGRATION

WER ARBEITEN MÖCHTE IST WILLKOMMEN.

#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

U.S.G.P. FREIE WÄHLER Hessen • Bahnhofstr. 62-66 • 35390 Gießen

Fachkräftezuwanderung, Asyl und Integration

Blicken wir erneut auf die Erklärung der Menschenrechte von 1948 durch die Vereinten Nationen. Gleich zu Beginn in den ersten Artikeln ist die Rede von der Egalität der Person. Das Schlagwort der Französischen Revolution – gepaart mit dem zweiten Schlagwort, dem der Freiheit – bringt zum Ausdruck, worum es Menschen seit Zeiten geht, wofür sie kämpfen. Die Freiheit und die Gleichheit – unabhängig von „Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand“ (UN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 2).

Dies gilt es politisch endlich umzusetzen. Die hessische Landesregierung hat sich – auch unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen – nach wie vor keinen Namen durch herausragende Taten im Bereich der Integration machen können. Im Gegenteil. Auch in Hessen gibt es nach wie vor keine umfassend funktionierenden Lösungen in Fragen der Einwanderungspolitik oder in der Frage nach einem zukunftsorientierten Umgang mit Flüchtlingen. Auch viele der sogenannten Gastarbeiterfamilien oder auch Spätaussiedler laufen noch immer „unter dem Radar“. Gerade auch in den hessischen Oberzentren wie beispielsweise Kassel, Gießen oder der Rhein-Main-Region vergrößern sich bereits vorhandene Parallelgesellschaften stetig, Integrationsmaßnahmen für diese speziellen Gruppen existieren vielfach nicht.

FREIE WÄHLER findet: Integration muss endlich zum zentralen Thema werden!

Wir treten ein für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen, Ethnien und Religionen in unserem Land. Wir sprechen uns ausdrücklich für eine pluralistische Gesellschaft aus, in der der Dialog entscheidend und prägend ist. Grundlage dessen soll Offenheit

im sozialen Miteinander sein, die auf gegenseitigem Respekt, Toleranz, Gleichberechtigung sowie der Anerkennung der jeweiligen Diversität beruht. Denn: Miteinander leben ist ein Geben und Nehmen, das Toleranz und Sensibilität verlangt. Integration ist eine Aufgabe, die nicht nur einseitig gelöst werden kann. Integration bedeutet Verständigung und Annäherung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und der ansässigen Bevölkerung. Integration bedeutet auch, dass wir aus den Fehlern lernen, die wir im Umgang mit den Gastarbeitern der 1960er und 1970er Jahre und den Spätaussiedlern gemacht haben – diese dürfen sich bei den Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen nicht wiederholen. Sprache, Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Partizipation sind die vier Säulen der gelingenden Integration.

Die Integrationspolitik der FREIE WÄHLER stellt den Menschen in den Mittelpunkt, plädiert für die Kenntnis der deutschen Sprache, um das Gelingen von Integration voranzubringen und die Bildung von – realen wie auch digitalen – Parallelgesellschaften zu verhindern. Nur so kann es nach unserer Ansicht eine reale Chance für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben geben, deren Basis, ohne jegliche Kompromisse, die Anerkennung von Regeln und traditionellen Werten sein muss.

Verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt

Junge Erwachsene aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte benötigen oftmals eine gezielte Förderung für den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, gerade dann, wenn sie das deutsche Bildungssystem nicht von Anfang an durchlaufen haben.

Wir müssen jungen Erwachsenen gezielt Perspektiven eröffnen, wenn sie über keinen Schul- oder Berufsabschluss verfügen, aber auch, wenn ihr im Ausland erworbener Schul- oder Berufsabschluss bislang keine Anerkennung fand, gerade auch vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels. Daher wollen wir Planungssicherheit für Flüchtlinge und Wirtschaft gleichermaßen. Integrations- und leistungswillige Flüchtlinge sollen ihre Ausbildung beenden und eine zweijährige Praxiszeit absolvieren können, ehe ihr Aufenthaltsstatus neu bewertet wird. Eine Ausbildung ist die beste Entwicklungshilfe. Für eine möglichst umfassende Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sind – neben einem erfolgreich absolvierten Sprachkurs – maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) notwendig, die in enger Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Unternehmen entwickelt werden müssen. Aber auch eine deutlich bessere Sichtbarkeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beispielsweise im Öffentlichen Dienst kann ein Ansporn für junge Integrationswillige sein.

Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise, aber auch der enorme Fachkräftemangel in mehreren



Branchen machen deutlicher denn je, dass wir klare Regeln für die Einwanderung brauchen. Arbeitsmigration ist für uns ein Gewinn, wenn sie richtig gestaltet wird. Unsere Wirtschaft braucht dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland. Viele von ihnen sind gut ausgebildet und integrationswillig. Langzeitarbeitslose und Migranten der zweiten und dritten Generation gilt es allerdings auch besser nachzuqualifizieren.

Selbst Menschen ohne Aussicht auf einen Aufenthaltstitel sollten, solange ihr Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, sinnvoller Beschäftigung nachgehen, die sich am Gemeinwohl orientiert. Durch diese aktive Einbindung in Form von Gemeinwohlarbeit kann die Gefahr einer Entstehung von Parallelgesellschaften in Sammelunterkünften eingedämmt werden. Oftmals entwickelt sich gerade für junge Flüchtlinge eine Negativspirale von sozialem Abstieg bis hin zur Kriminalität, da positive Ankerpunkte im Alltag fehlen. Eine am Gemeinwohl orientierte Arbeit mit einer gerechten Entlohnung bietet hier einen Anreiz, der auch gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dabei muss sich die Entlohnung am Mindestlohn orientieren und mit den Lebens- und Unterhaltskosten verrechnet werden. Reicht der Verdienst nicht aus, ist eine Aufstockung vorzunehmen, die die gesellschaftliche Teilhabe mindestens im Rahmen der Grundsicherung ermöglicht.

MOBILITÄT

AUCH IM LÄNDLICHEN RAUM FÖRDERN.

#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

U.S.G.P. FREIE WÄHLER Hessen • Bahnhofs 6206 • 35290 Gießen

Mobilität & Verkehr

Der Zugang zu Mobilität gehört zu den elementaren menschlichen Grundbedürfnissen. Eine Herausforderung, die wir mit unserem Ziel verknüpfen, ist es, in den nächsten Jahren den Verkehr zu dekarbonisieren (also weg von CO₂).

Wir FREIE WÄHLER wollen den CO₂-Ausstoß, sowie die Emission von Lärm und weiteren Schadstoffen, wie Feinstaub und NOX verringern.

Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass Verbote von Verkehrsmitteln nicht weiterhelfen, denn jeder benutzt ein bestimmtes Verkehrsmittel deswegen, weil es seine Bedürfnisse zu diesem Zeitpunkt am besten erfüllt. Stattdessen fordern wir eine verlässliche Bepreisung des wahren Treibhausgaseffektes für jedes Verkehrsmittel. Je stärker der Preis für Mobilität an den CO₂-Ausstoß geknüpft ist, desto mehr Anreiz gibt es den CO₂-Ausstoß tatsächlich und nachhaltig zu senken.

Dies bedeutet neben einem deutlichen Ausbau des ÖPNV auch, dass Individualverkehr mit dem Auto weiterhin möglich und gewollt sein muss. Barrierefreiheit muss bei allen Verkehrsmitteln von Anfang an mitgedacht werden. Eine Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur lehnen wir ebenso ab wie Prestigeprojekte, da beide hohe Kosten für die Allgemeinheit bei nur geringem Gegenwert verursachen. Vielmehr sind die vorhandenen Mittel zielgerichtet und zum Wohle aller einzusetzen.

Öffentliche Verkehrsmittel

Beim ÖPNV wie Bus und Bahn stehen für uns FREIE WÄHLER Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Sauberkeit sowie Bezahlbarkeit im Vordergrund. Günstige öffentliche Verkehrsmittel benötigen langfristig Zuschüsse aus Steuermitteln. Bei der Dekarbonisierung spielt die Verlagerung des Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel eine zentrale Rolle, weshalb diese Zuschüsse ein politisches Mittel



darstellen und der Fahrpreis nur untergeordnet für die Finanzierung dienen darf, sondern hauptsächlich zur Verkehrslenkung eingesetzt werden soll.

Flugverkehr

Wir stehen zu einem starken Flughafen Frankfurt am Main mit internationaler Anbindung. Der Flughafen trägt in existenziellem Ausmaß zum Prosperieren der Region Rhein-Main bei und ist somit auch in besonderem Maße für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes Hessen verantwortlich. Wir sehen es als unsere Aufgabe die Bewohner der Region zu entlasten und auch den Arbeitsplatz Flughafen attraktiver zu machen. Wir setzen uns für moderne Klimatechnik an den Parkpositionen der Flieger ein, um die CO₂- sowie Lärmemission der Flugzeuge während der Bodenzeit erheblich zu reduzieren. Lärmobergrenzen und Nachtflugverbot möchten wir zum Schutz der Anwohner erhalten und verbindlich in Gesetzen festschreiben.

Individualverkehr

Wir FREIE WÄHLER stehen für ein friedliches Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer.

Fußgänger, Radfahrer und E-Biker bewältigen Kurzstrecken, sowie die „letzte Meile“ zwischen den ÖPNV-Haltestellen, Start und Ziel – und das nahezu CO₂-frei. Neben der sichereren und attraktiveren Gestaltung von Geh- und Radwegen sind durchgängige „Fahrradautobahnen“ von den Randgebieten in Städte wichtig.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns gegen jede Art von Maut für private Fahrzeuge ein, da eine Maut die gefahrenen Kilometer und Gebiete besteuert, aber der Idee zuwiderläuft CO₂-Emissionen zu bepreisen. Ist ein Auto voll besetzt, verursacht es vergleichbare Umweltbelastungen wie der ÖPNV. Mitfahrkonzepte und Car-Sharing verdienen daher eine Aufwertung.

Lastverkehr

Durch den stetig wachsenden und immer schneller werdenden Warenfluss hat sich auch die Zahl des Lastverkehrs auf den Straßen stark erhöht. Die Verlagerung des Lastverkehrs auf die Schiene kann helfen, die Straßen zu entlasten und große Mengen CO₂ einzusparen. Hierfür bietet der schon vorhandene kombinierte Verkehr mit der Verladung von Container und Trailer eine sehr gute Lösung und muss mit dem Bau von weiteren Verladeterminals gestärkt und erweitert werden.

Eine weitere Möglichkeit bietet die rollende Landstraße, eine Art begleiteter kombinierter Verkehr. Durch die Verladung des gesamten LKW mit Fahrer können hierdurch auch Speditionen und Transportunternehmen am kombinierten Verkehr teilnehmen, die nicht an mehreren Standorten beheimatet sind. Hier bedarf es des dringenden Ausbaus solcher Terminals. Die Nutzung der rollenden Landstraße muss finanziell attraktiver sein als der Transport auf der Straße. Zusätzlich müssen Fahrzeuge, die diese Art des Transports nutzen, von der Kraftfahrzeugsteuer befreit sein, wie es auch schon im kombinierten Verkehr der Fall ist.

Der Faktor Zeit erschwert die Verlagerung aufs Gleis zusätzlich. Durch den Vorrang von Personentransport vor Gütertransport kann es zwei Stunden dauern, bis ein Güterzug eine Großstadt verlassen hat. Ein LKW legt auf der Straße in dieser Zeit ca. 150 Kilometer zurück. Hierfür ist nicht nur ein Ausbau des Schienennetzes für den Personenverkehr, sondern auch für den Güterverkehr, notwendig.

Daher möchten wir die Neuplanung von Güterverkehrsstraßen unter bestmöglich Lärmschutz für die Anwohner vorantreiben.

Übergänge

Den Übergängen zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln wurde bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Wir FREIE WÄHLER wollen nicht mehr nur ein Verkehrsnetz, sondern ein Verkehrsnetzwerk.

WOHNUNGEN

BAUEN FÜR BEZAHLBARE MIETEN.

#Bürgerwillen durchsetzen

www.einhessenfüralle.de



FREIE WÄHLER

Beinahe mag es verwundern, aber auch das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht (vgl. UN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 25, Abs. 1). Wenngleich der Lebensstandard, also die Angemessenheit des Wohnraums, landesspezifisch sein mag, so muss der Staat dennoch dafür Sorge tragen, dass jedem Individuum das Recht auf Wohnen zugestanden wird. Der Staat muss also die notwendigen Rahmenbedingungen, die Voraussetzungen, schaffen. Mit anderen Worten: Der deutsche Staat – und somit auch das Land Hessen – ist dafür verantwortlich, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen, frei von jeglicher Diskriminierung, zur Verfügung steht.

Sozialer Wohnraum ist jedoch gerade in Ballungszentren Mangelware. Und dies begünstigt wiederum Armut bzw. Armutsbedrohung – gerade auch in Frankfurt, wenn Menschen dort bis zu 50 Prozent ihrer Einkünfte allein für eine Wohnung veranschlagen und verausgaben müssen. Eine umfassende Investition in den sozialen Wohnungsbau ist notwendiger denn je. Kapazitär müssen eine Vielzahl an Wohnungen für Familien, Studierende und Geringverdiener entstehen, aber auch zunehmend mehr barrierefreie oder altersgerechte Wohnformen für Menschen mit Einschränkungen und Senioren.

Landesweit sind für die Umsetzung Richtlinien notwendig, die Investoren und Herstellern von sozialgefördertem Wohnraum eine Kosten-Leistungs-Rechnung aufbürden. Möglich wäre beispielsweise, dass sich der Kaltmietpreis aus den realen Herstellungskosten – ohne den Grunderwerb – generiert. Dies bietet den Vorteil eines fixen Preises, der sich für die Laufzeit der Abschreibung nicht spekulativ verändern lässt oder inflationären Einflüssen unterlegen ist. Daraus kann auf lange Sicht hin eine Mietpreiskontrolle gestaltet werden bei gleichzeitiger Kostendeckung und Risikominimierung für Bauherren. Neben einer solchen Mietpreiskontrolle besteht eine andere Option im Finanzausgleich, die allen Städten und Kommunen eine solide und verlässliche finanzielle Ausstattung gewährleistet. Das würde es den Kommunen ermöglichen,

sozialen Wohnraum, Projekte und Hilfen vor Ort anzubieten.

Ganz prinzipiell muss jedoch der gegenwärtige Trend, immer mehr Wohnraum in Ballungszentren zu schaffen, überdacht werden – nicht zuletzt, weil die in der städtischen Fläche vorhandene Infrastruktur einer solch hohen Kapazität kaum noch gewachsen ist und Probleme bei Verkehr, Frisch- und Abwasser abzusehen sind.

Im ländlichen Raum stehen viele Wohneinheiten kostengünstig zur Verfügung. Durch eine nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur (Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, Verbesserung der Nahversorgung, Attraktivitätssteigerung von Wohnhäusern etc.) sowie einer Stärkung der ländlichen Wirtschaftsregionen wären nicht immer mehr Menschen gezwungen, in Ballungsgebiete umzusiedeln, um dort Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden. Der Landflucht vorbeugen kann zudem auch eine Reform des Denkmalschutzes. In hessischen Dörfern sind viele Leerstände zu verzeichnen, da eine Sanierung bzw. Modernisierung durch die hohen Auflagen des Denkmalschutzes kaum leistbar ist. Eine Lockerung dieser rigiden bürokratischen Bestimmungen könnte die Attraktivität alter Häuser für viele steigern, die Häuser würden in jeder Hinsicht eine Aufwertung erfahren. Diese Form der „Dorferneuerung“ wirkt einem weiteren Aussterben von Dörfern aktiv entgegen. Lebensräume in ganz Hessen, in Städten wie ländlichen Regionen, lebenswert zu erhalten, muss auf der politischen Agenda weit oben stehen, können sich Nachbarschaften doch so wieder zum Teil des Sozialraums entwickeln. Städtische und ländliche Wohnraumförderung leistet einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen, inklusiven und teilhabeorientierten Gesellschaft.

Sozialraumförderung für mehr Lebensqualität

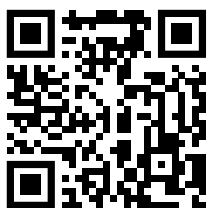
Soziale Gerechtigkeit wird auch über den (sozialen) Wohnungsmarkt beeinflusst. Sind Mieten in Ballungszentren zu teuer, müssen Menschen aus sozioökonomisch schlechteren Verhältnissen häufig in Stadtrandteile oder Vororte ausweichen. Eigene Milieus können sich hieraus entwickeln, die gleichzusetzen sind mit einer sozialen Segregation, der es unbedingt vorzubeugen gilt – auch gerade im Hinblick auf die Integration, die unsere Gesellschaft zu leisten hat. Notwendige Maßnahmen der Mietpreisbeschränkung sowie der sozialen und „ästhetischen“ Stadtplanung sind ein Ansatz, der jedoch mit anderen Elementen kombiniert werden muss. Soziale, kulturelle und Bildungseinrichtungen sowie Spiel- und Sportstätten sind Ansätze, die von der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) bereits seit Jahren erfolgreich in problematischen Stadtteilen ein- und umgesetzt werden und auch weiterhin beibehalten werden müssen.

Notwendig in hessischen Städten ist der Wiederaufbau der von der Landesregierung zugrunde gerichteten sozialen Infrastruktur. Eine bauliche Aufwertung durch Anstreichen von Häuserfassaden oder Neugestaltung



von Parkanlagen reicht nicht aus. Ökologische Ansätze sind ebenso essenziell wie soziale und integrative Maßnahmen. Hierzu zählt vor allem auch ein umfangreiches Angebot an soziokulturellen Einrichtungen wie Bildungsinstitutionen, Gemeindezentren oder auch Treffpunkten für spezielle Zielgruppen (Jugendliche, Senioren, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte etc.). Dieses Zusammenspiel verschiedener baulicher und sozialorientierter Maßnahmen schafft eine neue Perspektive, eine neue soziale Infrastruktur, wodurch Stadtteile zum sozialen Treffpunkt erwachsen. Stadtteile werden zum Sozialraum, zum Quartier, innerhalb der Stadt, in dem die Menschen miteinander in Kontakt kommen, in dem sie Nachbarschaft leben. Zunutze machen können sich Städte und Kommunen hier auch die Mehrfachnutzung von Gebäuden. Anstelle eines Neubaus können Schulen in den Nachmittags- oder Abendstunden als Jugendtreff oder ähnliches umfunktioniert werden. Schwimmbäder und Turnhallen können für die Vereinsarbeit oder auch umfangreiche Freizeitangebote genutzt werden. Dies bietet zugleich den Vorteil, dass sich Bürger aktiv in ihrem Stadtteil, in ihrem Quartier, engagieren und einen wichtigen Beitrag leisten, um das Gemeinwesen zu stärken.

**Ausführliches Wahlprogramm unter:
www.einhessenfueralle.de/programm**





Impressum:

FREIE WÄHLER – Landesvereinigung Hessen

Vorsitzender: Engin Eroglu

Landesgeschäftsstelle

Bahnhofstr. 82 - 86

35390 Gießen

Stand: 14. Mai 2023

V.i.S.d.P.: Engin Eroglu

www.freiewaehler-hessen.de



#Bürgerwillen durchsetzen #EinHessenfürAlle #Hessenverbessern